

7. Kapitel

Ein Ost-Westkonflikt bahnte sich an

Der von den Alliierten gebildete gemeinsame Kontrollrat sollte gewährleisten und darüber wachen, daß das besetzte Deutschland, und was Berlin anbetrifft, sektorenübergreifend verwaltet wird. Das stellte sich später jedoch als Trugschluß heraus. Die unterschiedlichen Interessen der westlichen Alliierten und der sowjetischen Besatzungsmacht gingen zu weit auseinander. Während die westlichen Alliierten wirtschaftliche als auch politische Verhältnisse nach ihren Traditionen auf der Grundlage eines föderalistischen Systems schaffen wollten, bemühte sich die sowjetische Militäradministration darum, in Deutschland sozialökonomische Bedingungen nach dem zentralistischen System in ihrer Besatzungszone einzuführen.

Auf politischer Ebene entstanden in den jeweiligen Besatzungszonen neue Länder- und Gemeindeverwaltungen. Das war dringend erforderlich, um in der Bevölkerung wieder Ruhe und Ordnung herzustellen und vor allem, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu organisieren. Eine große Aufgabe bestand darin, für die vielen durch Flucht und Vertreibung obdachlos gewordenen Menschen Unterkünfte zu schaffen und bereitzustellen. Zur Durchsetzung der hierzu erforderlichen Maßnahmen mußten ganz dringend Verwaltungen auf gemeindlicher und auch auf Landesebene eingerichtet und mit Kompetenzen ausgestattet werden. In den Gemeinden hatte sich allerdings sehr schnell herausgestellt, daß die von den Besatzungsmächten eingesetzten Gemeinderäte und eingerichteten Gemeindeverwaltungen aufgrund ihrer Unerfahrenheit im kommunalen Bereich in den meisten Fällen nicht imstande waren, die mit dem totalen Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft entstandenen Probleme zufriedenstellend zu lösen. Für diese Aufgaben hatte man am Anfang aus verständlichen Gründen Bürger in den Gemeinden herangezogen, die vom Nationalsozialismus völlig unbelastet waren. Diesen aber waren diese Aufgaben völlig fremd.

Im Juni/Juli 1945 wurde von den westlichen Besatzungszonen in den Westzonen die Gründung von Parteien zugelassen. So entstand bald darauf die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD), die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), die „Christlich-Demokratische Union“ (CDU), die „Liberal Demokratische Partei“ (LDP), die „Liberal Demokratische Partei Deutschlands“ (LDPD) und die „Freie Demokratische Partei“ (FDP). Das Ziel war, so bald als möglich freie Wahlen durchzuführen. In der sowjetisch besetzten Zone schlossen sich unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht am 1. 3. 1946 die schon bestehende „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) und die ebenfalls schon bestehende „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) zu einer „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zusammen.

Während die vier Besatzungszonen in Deutschland untereinander durch Demarkationslinien getrennt und abgegrenzt waren, war die Hauptstadt Groß-Berlin in vier Sektoren eingeteilt und damit ebenfalls untereinander abgegrenzt worden. Zwischen den drei westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone wurden im Einvernehmen mit der britischen Besatzungsmacht zur besseren Markierung und Abgrenzung der Demarkationslinie blau-rot gestreifte Holzpfähle aufgestellt. Später wurden dann zusätzlich Stacheldrahtzäune gezogen, um die anhaltende Flucht der Menschen aus der sowjetisch besetzten Zone in den Westen zu verhindern oder zu mindestens zu erschweren. Hinzu kam die Bewachung der Demarkationslinie durch sowjetische Soldaten. Auf westlicher Seite bewachten die Soldaten der englischen Besatzung die Demarkationslinie. Dennoch war es immer noch möglich, wenn auch nicht ganz ungefährlich, die Grenze zwischen Ost und West in beide Richtungen zu überschreiten. Die wachsenden Gegensätze und Spannungen zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten und der sowjetischen Besatzungsmacht gipfelten nach dem Scheitern der „Londoner Außenministerkonferenz“ im November/Dezember 1947 in der Empfehlung, die bisherige amerikanisch-britische „Bizone“ mit der französischen Zone zu einer „Trizone“ zu vereinigen, um so einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen. Damit wurden die Demarkationslinien zwischen der amerikanisch-britischen und der französischen Zone praktisch aufgehoben.

Hungersnot und Elend beherrschten das Bild in Deutschland

Obwohl der Krieg beendet war und die Waffen schwiegen, riß der Flüchtlingsstrom aus dem Osten nicht ab. Im Gegenteil, es kamen zu den bis dahin vor der Roten Armee geflüchteten Menschen diejenigen hinzu, denen bei dem Vormarsch der russischen Truppen in den deutschen Ostprovinzen sowie aus Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien eine rechtzeitige Flucht nicht mehr gelang oder weil sie damals von den deutschen Behörden daran gehindert wurden. Sie wurden unmittelbar nach der Besetzung durch sowjetische Streitkräfte von den dann nachrückenden Polen und Tschechen, Ungarn und Rumänen brutal und rücksichtslos vertrieben. Alle strömten nach Westen in die von den Westalliierten besetzten deutschen

Gebiete. Insgesamt waren vor und nach Kriegsende in den deutschen Ostprovinzen über 16 Millionen Menschen davon betroffen. Hinzu kamen diejenigen Volksdeutschen, die in den osteuropäischen Ländern ihren Wohnsitz hatten. Nach dem, was sie bei der Besetzung erlebt hatten, gab es für sie alle nur ein Ziel: aus dem kommunistischen Machtbereich und damit aus der Hölle herauszukommen. In den drei westlichen Besatzungszonen waren zu dieser Zeit bereits 5,9 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten aufgenommen worden, die integriert werden mußten. Die Zahl erhöhte sich kurze Zeit später auf 11,5 Millionen Menschen allein in den westlichen Besatzungszonen und 3,6 Millionen Menschen in der sowjetisch besetzten Zone. Etwa 95 % von ihnen hatten ihren gesamten Besitz verloren und hatten oft nur so viel mitgebracht, was sie mit einem Handwagen transportieren oder was sie selbst tragen konnten. Hinzu kamen die vielen während des Krieges ausgebombten Flüchtlinge aus den Großstädten, deren Häuser und Wohnungen durch Bomben zerstört worden waren und von denen die meisten bereits eine Zuflucht vornehmlich in den ländlichen Gebieten gefunden hatten.

Das führte besonders in den westlichen Besatzungszonen zu schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Spannungen. Die Bevölkerungszahlen in den ländlichen Gemeinden verdoppelten sich in den ersten Nachkriegsjahren. Die am Anfang durch die Besatzungsmächte gebildeten provisorischen kommunalen Verwaltungen und Gemeinderäte waren größtenteils restlos überfordert, um mit den Problemen fertig zu werden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln war regelrecht zusammengebrochen. Die Zuteilungen auf Lebensmittelkarten zur Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und die Ausgabe von Bezugscheinen für Bekleidung und Schuhwerk waren völlig unzureichend, um eine Familie ernähren oder bekleiden zu können. Die ankommenden Flüchtlinge und Vertriebenen besaßen nur das an Kleidung, was sie auf dem Leib trugen. Der Kaloriensatz für eine Person war mit 1550 Kalorien pro Tag festgesetzt worden. Arbeiter in Bergwerken und im Tiefbau bekamen eine Schwerstarbeiterzulage. Ein Normalverbraucher erhielt auf Lebensmittelkarten für vier Wochen zum Beispiel : 10 Kilogramm Brot, anderthalb Kilogramm Nahrungsmittel, 125 Gramm Kaffee-Ersatz, 10 Kilogramm Kartoffeln, ein halbes Kilogramm Fleisch, 600 Gramm Fisch, 200 Gramm Fett, 62,5 Gramm Käse, 2 Kilogramm Magermilch, 750 Gramm Zucker und 2 Kilogramm Gemüse. Es war vornehmlich der Landwirtschaft zu verdanken, daß es in dieser Zeit nicht zu einer Hungerkatastrophe gekommen war. Es wurden beispielsweise jeder Flüchtlingsfamilie in den Dörfern sofort ein Stückchen Gartenland zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse zur Verfügung gestellt, damit auch auf diese Weise die erste Not gelindert werden konnte. In den Gemeinden wurden darüber hinaus sofort Ernährungskommissionen gebildet, die den gesamten Viehbestand und auch die Ernteerträge erfassen mußten um so die Zwangsabgaben der einzelnen bäuerlichen Betriebe für das Ablieferungssoll festsetzen zu können. Mit tatkräftiger Unterstützung der noch amtierenden Ortsbauernführer in den Gemeinden aus der Vorkriegszeit konnten die Maßnahmen der Zwangsbewirtschaftung aller lebensnotwendigen Güter, so gut es ging, durchgesetzt und gerecht verteilt werden. [...]